



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 02.03.2026

Der Kantonsrat hat ohne Gegenantrag ein neues Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts gewählt ([KR-Nr. 197/2025](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Sichere KI-Tools für die Schulen entwickeln und zur Verfügung stellen» von SP und Mitte diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 320/2025](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Chancen der künstlichen Intelligenz für den öffentlichen Verkehr nutzen» der SP diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 321/2025](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Einführung der Möglichkeit von virtuellen Beurkundungen» von Mitte, SVP, FDP, GLP und EVP diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 390/2025](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Schutz der Privatadressen politisch engagierter Personen bei Volksinitiativen» der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 396/2025](#)).

Der Kantonsrat hat das dringliche Postulat betreffend «Prämienverbilligungen müssen bei den tiefen und mittleren Einkommen ankommen: Analyse des Nicht-Bezugs und Ausarbeitung von Massnahmen» von SP, Grünen, Mitte, EVP und AL mit 99 zu 76 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert eines Jahres überwiesen ([KR-Nr. 398/2025](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 90 zu 87 Stimmen einer Anpassung des neu definierten Berufsauftrags für Lehrpersonen im Lehrpersonalgesetz (LPG) zugestimmt ([5966](#)). Damit wird der neue Berufsauftrag in vier Punkten verbessert: Die Klassenlehrpersonen sollen gestärkt werden, indem deren Stundenpauschale (KLP) von mindestens 100 auf mindestens 160 Stunden pro Jahr erhöht wird. Um den Bedarf an Lehrpersonen besser zu decken, soll der minimale Beschäftigungsgrad von 35 auf 40 Prozent erhöht werden. Auch zwei administrative Massnahmen sollen entlastend wirken: Die Tätigkeitsbereiche «Schule», «Zusammenarbeit» und «Klassenlehrpersonen» sollen zusammengelegt und die Zeiterfassung der Tätigkeitsbereiche aufgehoben werden.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 163 zu 0 Stimmen einer Änderung des Bildungsgesetzes betreffend Stipendiengesuche zugestimmt ([5982](#)). Damit sollen Stipendiengesuche künftig speditiver abgewickelt werden können.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in der Volksschule» der FDP ohne Gegenantrag als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 229/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, ein finanzielles Anreizsystem für einen höheren Beschäftigungsgrad in der Volksschule und eine generelle Erhöhung des minimalen Beschäftigungsgrads der Lehrpersonen zu prüfen.

Der Kantonsrat hat den Objektkredit über 25 Millionen Franken für das Projekt «Med500+» ohne Gegenantrag bewilligt ([6049](#)). Das für die Lösung der Ausgabenbremse nötige Quorum von 91 Stimmen wurde mit 174 Stimmen erreicht. Mit dem Projekt soll ab dem Herbstsemester 2030 die Zahl der Studienplätze für Humanmedizin an der Universität Zürich auf der Bachelorstufe um 270 auf insgesamt 700 Studienplätze erhöht werden.

Der Kantonsrat hat mit 119 zu 54 Stimmen bei 9 Enthaltungen die Motion betreffend «Qualität der schulergänzenden Betreuung sicherstellen» von SP-Kantonsrätin Carmen Marty Fässler abgelehnt, mit der gefordert wurde, gesetzliche Rahmenbedingungen zu erlassen, damit bei der Anstellung von Betreuungspersonen in Tagesstrukturen einheitliche Qualifikationsbedingungen gelten ([KR-Nr. 102/2025](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

(nic.)